

Regierungsratswahlen Basel-Stadt 2020

Der verlässliche Kurs für Basel-Stadt: Jetzt braucht es Führung und Erfahrung

Vier Kandidierende bilden ein Team

- Am 25. Oktober 2020 stehen in Basel-Stadt richtungsweisende Regierungsratswahlen an. Die Coronavirus-Krise hat auch unseren Kanton hart getroffen und die Politik stark geprägt. Zwei Regierungsräte treten nicht mehr an, womit sich die Zusammensetzung des Regierungsrates ändert. **Wohin soll sich Basel-Stadt entwickeln?**
- Conradin Cramer, Baschi Dürr und Lukas Engelberger haben in den letzten Monaten bewiesen, dass sich die Baslerinnen und Basler auf ihre **politische Führung** verlassen können. Besonders in diesen Zeiten braucht es die Kompetenz, mit Augenmass und Konsequenz zu entscheiden und unaufgeregt zu handeln. Und es braucht den Mut, auch im Gegenwind am eingeschlagenen Kurs festzuhalten.
- Stephanie Eymann, die für das Regierungspräsidium kandidiert, verfügt über Führungskompetenz. Mit der frischen Sicht von aussen, verbunden mit breiter Politik und ausgewiesenem Leistungsausweis, ergänzt Stephanie Eymann das Regierungsteam ideal. Das Präsidialdepartement hat jene Spitze verdient, die sich die Bevölkerung vorstellt: eine **starke und gewinnende Persönlichkeit**.
- Mit fast **20 Jahren Regierungserfahrung** werden Conradin Cramer, Baschi Dürr und Lukas Engelberger zusammen mit Stephanie Eymann Basel-Stadt in der neuen Legislatur durch eine verlässliche Politik für alle Einwohnerinnen und Einwohner weiter voranbringen und die Folgen der aktuellen Krise erfolgreich bewältigen.

Vier Leistungsausweise bilden die Basis

- **Regierungsrat Dr. Conradin Cramer** (Advokat, 41 Jahre, Vater einer Tochter), seit 2017 im Amt, hat die Qualität unserer Schulen mit Investitionen in die Digitalisierung, der Stabilisierung der Gymnasialquote und einer grösseren Lehrmittelfreiheit verbessert. Er bringt mit einem neuen Tagessbetreuungsgesetz und dem Ausbau der Tagesstrukturen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in für die Schweiz pionierhafter Weise weiter. Für unsere Universität und die Fachhochschule Nordwestschweiz konnte Conradin Cramer massgebliche Verhandlungserfolge erzielen sowie den Sport mit neuen Infrastrukturen und innovativen Konzepten stärken.
- **Regierungsrat Baschi Dürr** (lic.rer.pol., 43 Jahre, Vater von drei Kindern), seit 2013 im Amt, hat sämtliche Volksabstimmungen und alle – teilweise heftig umstrittenen – Projekte durch den Grossen Rat gebracht. Die Polizeipräsenz wurde deutlich ausgebaut, die

Gesamtkriminalität ging um rund einen Viertel zurück, und pro Kopf gab es 2019 in Basel-Stadt so wenige Einbrüche und Gewaltdelikte wie seit zehn Jahren nicht mehr. Baschi Dürr hat das komplexe Justiz- und Sicherheitsdepartement personell, führungskulturell und technologisch erneuert und nicht zuletzt auf den Gebieten der Erneuerung der Gesetzessammlung, der regionalen Zusammenarbeit und der Digitalisierung verschiedene messbare Erfolge erzielt.

- **Regierungsrat Dr. Lukas Engelberger** (Advokat, 45 Jahre, Vater von drei Kindern), seit 2014 im Amt, hat das Basler Gesundheitswesen modernisiert, was insbesondere in den neuen und patientenfreundlichen Kliniken der öffentlichen Spitäler zum Ausdruck kommt. Das von ihm geführte Gesundheitsdepartement konnte seine Leistungsfähigkeit in der Corona-Krise unter Beweis stellen, und gemeinsam mit Basel-Landschaft wurde eine umfassende regionale Versorgungsplanung lanciert, die schweizweit Pioniercharakter hat. Auf nationaler Ebene setzt sich Engelberger als Präsident der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) für einen lebendigen Föderalismus und eine verstärkte Zusammenarbeit über die Kantonsgrenzen hinaus ein.
- **Dr. Stephanie Eymann** (Advokatin, 41 Jahre, Mutter einer erwachsenen Tochter), bringt als Chefin der Verkehrspolizei Basel-Landschaft, Dozentin an der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch und ehemalige Staatsanwältin Führungserfahrung mit. Als Gemeinderätin einer kleinen Baselbieter Gemeinde, wo sie auch die Spitex präsidierte, konnte sie zudem politische Erfahrung in der Exekutive sammeln. Sie war während vier Jahren Mitglied der Parteileitung der FDP BL. Zudem ist sie als Lehrbeauftragte für Straf- und Strafprozessrecht an der Juristischen Fakultät der Uni Basel tätig und Autorin diverser wissenschaftlicher Publikationen. Das Regierungspräsidium möchte sie besser positionieren, die Zusammenarbeit mit den anderen Departementen intensivieren und den Nutzen dieses Querschnittsdepartementes für die Einwohnerinnen und Einwohner sichtbar machen.

Vier Stossrichtungen konzentrieren aufs Wesentliche

- **Zuerst den Wohlstand sichern:** Weniger denn je können wir uns linke und rechte Experimente leisten: Wer in der grössten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten den kompletten Bruch mit Europa, unserem wichtigsten Handelspartner, fordert oder auf extremistische Positionen statt kluge Kompromisse setzt, hat die Zeichen der Zeit verkannt. Wir können nicht allen alles gratis versprechen oder uns auf Nebenschauplätzen – Kompostberater hier, Gratisgrillstationen da – verlieren, sondern müssen der **Schaffung von Arbeitsplätzen** durch eine liberale und weltoffene Wirtschaftspolitik oberste Priorität einräumen. Dazu zählt namentlich die **Stärkung der Life Sciences** auf allen Ebenen – von der Universität über die Medizin bis hin zur Pharma –, wovon letztlich die ganze Wirtschaft und die gesamte Bevölkerung profitiert. Sämtliche politische Entscheide haben auf allen Ebenen in erster Linie der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu dienen.
- **Realistische Lösungen für die grossen Herausforderungen:** Global der Klimawandel und lokal der Wohnungsmarkt zählen zu den grössten aktuellen Herausforderungen. Deshalb dürfen diese Themen nicht als Spielball der politischen Profilierung missbraucht

werden. Genauso wie die Rechte etwa Ordnung und Sicherheit bewirtschaftet statt löst, versucht die Linke bei Wohnen und Klima seit Jahren, ihre eigene Regierungsmehrheit mit stets radikaleren Initiativen vor sich herzutreiben – ohne Aussicht, ja Absicht auf sinnvolle Lösungen. Vielmehr gilt es nun dringend, die Reihen zu schliessen und die **strengen Basler Klimaziele** (Pro-Kopf-Ausstoss von nur noch einer Tonne CO₂ bis 2050) sowie die **sinnvollen Kompromisse von Regierungsrat und Grosse Rat zu den Wohninitiativen** umzusetzen.

- **Die Zusammenarbeit und die Digitalisierung vorantreiben:** Die aktuellen Herausforderungen können nicht allein im Kanton und auf herkömmliche Weise angegangen werden. Es braucht zum einen die konkrete regionale Zusammenarbeit und die starke Vertretung von Basel-Stadt in Bern. Gerade die Coronakrise zeigte die Bedeutung **enger Beziehungen in der Region und zur Bundesverwaltung** eindrücklich auf, wie sie die Regierungsräte Cramer (Präsident éducation21), Engelberger (Präsident GDK) und Dürr (Vizepräsident KKJPD) nachhaltig aufgebaut haben. Zum anderen können die grossen Chancen der Digitalisierung nur dann für die Verwaltung sinnvoll genutzt werden, wenn für die Bevölkerung ein direkter Nutzen erwächst. Statt allein auf die «Smart City» zu setzen, ist in **konkrete Applikationen** zu investieren, welche staatliche Dienstleistungen entweder verbessern oder günstiger erbringen.
- **Freiheit in Vielfalt:** Diese grossen Herausforderungen geht Basel-Stadt als Lebensraum unterschiedlicher Menschen aus einer Position der Stärke an. Die gesellschaftliche Vielfalt birgt entgegen den Behauptungen von rechts die grosse Chance, im Wettbewerb der Ideen und Vorstellungen ständig besser zu werden. Wer aber wie von links für jedes Geschlecht, jede Lebensweise und jede Familienform eine eigene Anlaufstelle, ein eigenes Gesetz und ein eigenes Förderprogramm verlangt, lähmt letztlich genau diese Freiheit in Vielfalt, die für eine **offene Gesellschaft** so entscheidend ist. Dies gilt es gegen alle zu verteidigen, die «richtige» oder «falsche» Lebensformen vorschreiben wollen.

Vier Ansätze konkretisieren das Präsidialdepartement

- **Unterstützung statt Visionen:** Die «Kantons- und Stadtentwicklung» als wohl wichtigste Abteilung des Präsidialdepartements muss sich in den Dienst des Regierungsrats und der Fachdepartemente stellen. Übergeordnete Themen, die das Präsidialdepartement initiieren oder bearbeiten soll, müssen zu Beginn der Legislatur vom Regierungsrat beschlossen werden. Daraus entsteht die Verpflichtung, dass **die verschiedenen Abteilungen der Kantonsverwaltung mit dem Präsidialdepartement zusammenarbeiten** – was bisher klar zu wenig geschieht. Ein Beispiel: Die verschiedenen Generationen haben unterschiedliche Mobilitäts-, Sicherheits- oder Wohnansprüche. Hier kann das Präsidialdepartement integrierend wirken. Ein weiteres Beispiel: Das Präsidialdepartement, mit dem Staatsarchiv, dem Statistischen Amt und den Museen **als Digitalisierungsdepartement prädestiniert**, kann und muss dieses Thema gesamtkantonal bündeln.
- **Sorgfältige Wohnpolitik betreiben:** Der aktuellen Regierungspräsidentin ist es nicht gelungen, das eigene Lager von einer sinnvollen Umsetzung der Wohninitiativen zu überzeugen. Dieses wichtige Thema fordert aktive Bearbeitung. Das unproduktive Nebeneinander von «Kantons- und Stadtentwicklung» und «Planungsamt» muss beseitigt

werden; mindestens sollten Lukas Ott und Beat Aeberhardt ihre Büros unmittelbar nebeneinander haben. Die Kontakte mit privaten Investoren sind zu intensivieren. Ihre Investitionstätigkeit muss dabei ebenso angesprochen werden wie ihr Verhalten bei Totalrenovierungen gegenüber den Mieterschaften. Unerlässlich ist der Einbezug der qualitativ hochstehenden lokalen Architekturbranche sowie weiterer Experten: Wenn wegen des Bevölkerungswachstums verdichtet werden muss, braucht es neben Planung auch Geografen oder Soziologen der Universität und der Fachhochschule. Das Fehlen genau einer solchen übergeordneten Gesamtplanung hat zu den Wohnschutzinitiativen geführt. **Die kantonale Wohnpolitik braucht einen Neustart:** Günstige Wohnungen sind und bleiben wichtig, aber ein absolutes «Genossenschaftsmantra» ist abzulehnen. Es braucht alle Wohnbauträger.

- **Klare Strukturen für die Museen:** Erfolgreiches Kulturschaffen braucht nur bedingt Strategien und Leitbilder, sondern künstlerische Freiheit und vor allem klare Zuständigkeiten. Dies gilt auch für die Museen. Das neue Museumsgesetz geht zwar in die richtige Richtung. **Die Krisen einzelner Museen zeugen aber von Führungsschwäche im Präsidialdepartement.** Solange sie Teil der Kernverwaltung sind, gehören die Museen der Regierungspräsidentin direkt unterstellt: Die Führung seiner grössten Betriebe kann man nicht einer Stabsabteilung delegieren. Mittelbar sind die Strukturen zu klären, beispielsweise durch eine Stärkung der Museumskommissionen oder die Verselbstständigung der Betriebsorganisationen. Selbstverständlich sind hierbei die Mäzeninnen und Mäzene und alle weiteren interessierten Kreise zu involvieren.
- **Innovative Nutzung zentraler Begegnungsorte:** An der Augustinergasse wird der «**Berri-Bau**», einer der herausragendsten Bauten zivilgesellschaftlichen Aufbruchs der Basler Geschichte, nach dem Auszug des Naturhistorischen Museums frei. Diese einmalige Chance ist zu nutzen: In einem Ideenwettbewerb können Inputs eingebracht werden, die interessante Nutzungen ermöglichen sollen. Auf jeden Fall kann an diesem Ort deutlich mehr entstehen, als wenig innovativ das nächste Museum nachzuschieben. Auch der Wegzug der Post aus dem **Hauptpostgebäude** eröffnet neue Möglichkeiten: Trotz zunehmenden digitalen Kontakten braucht es einen Ort mit realen Begegnungsmöglichkeiten mit Mitarbeitenden der Verwaltung. Die Regierungspräsidentin lädt regelmässig zu Gesprächen zwischen dem Regierungsrat, den politischen Parteien und den Bürgerinnen und Bürger ein, um für den Kanton wichtige Themen zu diskutieren und den Puls zu fühlen.